Bildung ist eine wirtschaftliche Investition

Das Wichtigste auf einen Blick

21 Billionen Euro

zusätzliche Wirtschaftsleistung in den kommenden rund 80 Jahren

Eine volkswirtschaftliche Modellprojektion zeigt, welches Potenzial in besseren schulischen Kompetenzen liegt: Halbiert sich der Anteil der Schülerinnen und Schüler unter den Mindeststandards und erreichen zugleich mehr Jugendliche mittlere und höhere Leistungsniveaus, könnte die deutsche Wirtschaft bis 2105 zusätzlich knapp 21 Billionen Euro erwirtschaften.[1]

Fast jeder zweite

Ausbildungsbetrieb konnte 2025 nicht alle angebotenen Plätze besetzen.[2]

Zum Ende des Ausbildungsjahres blieben 54.000 Stellen unbesetzt, obwohl noch 84.000 junge Menschen einen Ausbildungsplatz suchten.[3] Die Zahlen verdeutlichen die Passungsprobleme am Ausbildungsmarkt.

31 %

der Beschäftigten nahmen im ersten Halbjahr 2025 an betrieblicher Weiterbildung teil.[4]

2019 waren es noch 36 Prozent. Die Beteiligung sinkt, während sich Tätigkeiten, Arbeitsprozesse und Geschäftsmodelle verändern. Unternehmen müssen ihre Beschäftigten deshalb auf neue Anforderungen vorbereiten.

Die wirtschaftspolitische Konsequenz

Die wirtschaftlichen Folgen unzureichender Bildung treffen Unternehmen in einer Phase tiefgreifender technologischer und demografischer Veränderungen. Sie gleichen Kompetenzdefizite von Schulabgängerinnen und Schulabgängern aus und müssen zugleich ihre Beschäftigten für veränderte Tätigkeiten, Produktionsverfahren und Geschäftsmodelle qualifizieren. Dafür benötigen sie Zeit, Personal und finanzielle Mittel. Je mehr Ressourcen in das Nachholen früherer Bildungsdefizite fließen, desto weniger stehen für die Fähigkeiten zur Verfügung, die künftige Wertschöpfung ermöglichen. Der demografische Wandel begrenzt zudem die Möglichkeit, zusätzliche Kompetenzen durch Neueinstellungen zu gewinnen.

Die Kosten von Bildung fallen heute an, ihre wirtschaftlichen Erträge entstehen oft erst Jahrzehnte später. Der Wirtschaftsrat fordert deshalb, Bildung nicht allein am Mitteleinsatz zu beurteilen, sondern tatsächlich erworbene Kompetenzen, langfristige wirtschaftliche Erträge und vermiedene Folgekosten stärker zum Maßstab staatlicher Entscheidungen zu machen. Auch Unternehmen müssen ihre Investitionslogik erweitern: Der Erfolg neuer Technologien und Geschäftsmodelle hängt davon ab, ob Beschäftigte über die erforderlichen Fähigkeiten verfügen. Kompetenzentwicklung gehört deshalb in die Investitionsplanung und ihre wirtschaftliche Wirkung muss überprüft werden.

1 Werkmeister/Wößmann 2025 · 2 DIHK 2026 · 3 Bundesagentur für Arbeit 2025 · 4 Fitzenberger/Leber/Schwengler 2026

Sieben Reformen für Staat und Unternehmen

1

Mindeststandards frühzeitig sichern, statt Defizite Jahre später festzustellen.

Die Länder verankern eine datengestützte Schulentwicklung nach Empfehlung der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission. Lernfortschritte werden kontinuierlich erfasst und gezielt gefördert, damit sich Kompetenzen auf allen Leistungsniveaus verbessern und weniger Jugendliche die Mindeststandards verfehlen.

2

Berufsorientierung braucht verbindliche Qualität statt immer neuer Angebote.

Bundesweit vergleichbare Qualitätsindikatoren und verbindliche betriebliche Praxiserfahrungen schaffen eine gemeinsame Grundlage für alle Schulformen. Die Länder sichern die Qualifizierung der Lehrkräfte und messen den Erfolg an fundierten Berufswahlentscheidungen statt an der Zahl der Angebote.

3

Die Assistierte Ausbildung muss Betriebe erreichen, bevor Ausbildung scheitert.

Das Bundesarbeitsministerium verankert die Assistierte Ausbildung in den Zielvereinbarungen mit der Bundesagentur für Arbeit. Bundesagentur und Kammern machen die Förderung bekannt und bieten sie bei erkennbarem Unterstützungsbedarf frühzeitig an. Vereinfachte Antragsverfahren erleichtern den Zugang.

4

Ein Studium muss auf den Beruf vorbereiten, nicht nur auf die nächste Prüfung.

Bund und Länder entwickeln einen vergleichbaren Indikator für die Berufswege von Hochschulabsolventinnen und -absolventen und für die Nutzung ihrer Kompetenzen. Der Indikator soll künftig bei Hochschulfinanzierung und Akkreditierung einfließen, ohne Hochschulautonomie und wissenschaftliche Bildung einzuschränken.

5

Berufsabschlüsse müssen auch auf einem zweiten Weg erreichbar sein.

Die zuständigen Stellen setzen die Empfehlungen zu qualitätsgesicherten Teilqualifikationen um. Förderverfahren ermöglichen aufeinander aufbauende Module auch bei Wechsel in Beschäftigung.

6

Weiterbildung muss Teil der Transformation werden, nicht ihre Reparatur.

Der Bund weitet die vereinfachte Arbeitgebererklärung beim Qualifizierungsgeld auf Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten aus. Zulassungsverfahren werden vereinfacht und stärker an Ergebnissen ausgerichtet. Ein möglicher Digitalpakt orientiert sich am tatsächlichen Qualifizierungsbedarf der Unternehmen.

7

Bei Weiterbildung zählt die Wirkung, nicht der Aufwand.

Unternehmen leiten ihren künftigen Kompetenzbedarf aus der Geschäftsstrategie ab und verbinden Weiterbildung mit Investitionen in Technologien und Arbeitsprozesse. Kompetenzanalysen und Bildungscontrolling zeigen, ob neue Fähigkeiten tatsächlich genutzt werden und zur Produktivität des Unternehmens beitragen.